

Haben die USA den Taliban über geheime Kontakte einen Deal vorgeschlagen? Gegen die Duldung von acht US-Basen sollen sie den Aufständischen die Herrschaft über sechs afghanische Provinzen angeboten haben.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 245/09 – 06.11.09

Die Vereinigten Staaten bieten den Taliban 6 Provinzen für 8 Basen an

Von Amit Latif, IOL-Korrespondent

IslamOnline.net, 28.10.09

(http://www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=Article_C&pagename=Zone-English-News/NWELayout&cid=1256909637728&utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=rss)

ISLAMABAD – Die erstarkte Talibanbewegung in Afghanistan lehnte ein US-Angebot zur Teilhabe an der Macht als Gegenleistung für das Akzeptieren der Anwesenheit ausländischer Truppen ab, ließen Quellen in der afghanische Regierung verlauten.

"US-Unterhändler haben der Talibanführung über Mullah Wakil Ahmed Mutawakkil, den ehemaliger Außenminister der Taliban, angeboten, ihnen die Herrschaft über sechs Provinzen im Süden und Nordosten zu überlassen, wenn sie die Anwesenheit von NATO-Truppen in Afghanistan akzeptieren," teilte ein höherer Offizieller des afghanischen Außenministeriums IslamOnline.net / IOL mit; er wollte anonym bleiben, weil er nicht autorisiert ist, über diese sensible Angelegenheit mit den Medien zu sprechen.

Er erklärte, die Gespräche seien von Saudi-Arabien und der Türkei vermittelt worden und hätten mehrere Wochen lang an verschiedenen Orten, auch in der afghanischen Hauptstadt Kabul, stattgefunden.

Saudi-Arabien, Pakistan und die Vereinigten Arabischen Emirate hatten als einzige Staaten das Talibanregime anerkannt, das von 1996 bis 2001 über Afghanistan herrschte.

Der türkische Premierminister Recip Erdogan soll sich wiederholt für Gespräche zwischen beiden Seiten eingesetzt haben.

Seine Unterhändler stehen auch in Kontakt mit der Hezb-e Eslami (der ältesten islamistischen Partei Afghanistans, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Hezb-e_Eslami), die von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Gulbuddin Hekmatyar geführt wird (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Gulbuddin_Hekmatyar), der im nordöstlichen Afghanistan ein wichtiger Machtfaktor ist.

Ein Talibansprecher bestätigte, dass indirekte Gespräche mit den Vereinigten Staaten stattgefunden haben.

"Ja, es gab einige indirekte Gespräche, aber sie blieben ohne Ergebnis," teilte Yousaf Ahmedi, der Sprecher der Taliban im südlichen Afghanistan, von einer unbekannt Position aus über Satellitentelefon IslamOnline mit.

"Es gibt einige Menschen, die Botschaften zwischen beiden Seiten, den Taliban und den Vereinigten Staaten, befördern. Es gab aber keine direkten Gespräche zwischen uns und Amerika," erklärte er.

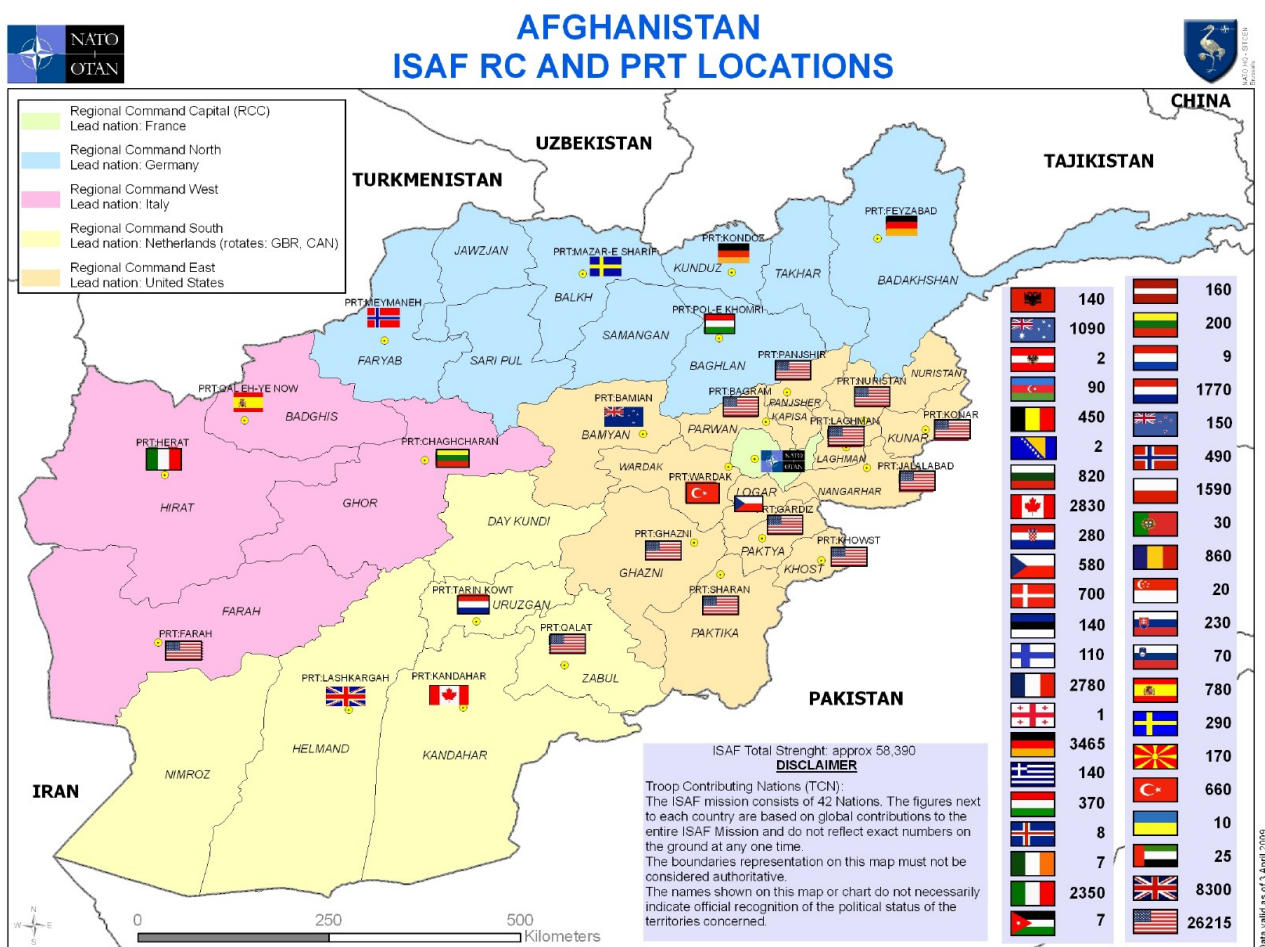
Aus afghanischen Quellen und von den Taliban war zu erfahren, dass (der eingangs erwähnte) Mutawakkil und Mullah Mohammad Zaef, der ehemalige Botschafter der Taliban in Pakistan, der auch schon an früheren Gesprächen teilgenommen hat, die Taliban bei den neuen Kontakten vertreten hätten. (Infos zu Mullah Zaef s. http://en.wikipedia.org/wiki/Abdul_Salam_Zaef)



Mullah Zaef, früher Botschafter in Pakistan, vertrat bei den Kontakten die Taliban.

Die US-Botschaft in Kabul bestritt, irgendwelche Gespräche geführt zu haben. "Nein, wir führen keine Gespräche mit den Taliban," erklärte Cathaline Haydan, die Sprecherin der US-Botschaft in Kabul, gegenüber IOL.

Auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten den Taliban in irgendeiner Form eine Teilhabe an der Macht angeboten hätten, sagte sie, sie wisse nichts von einem solchen Angebot. "Ich weiß nichts über irgendwelche Gespräche, und das Angebot, das Sie erwähnt haben, hat es nicht gegeben."



Quelle: http://www.nato.int/isaf/docu/epub/maps/graphics/afghanistan_prt_rc.pdf

Provinzen für Basen

Nach Aussage des Informanten haben die US-Unterhändler zum ersten Mal nicht auf der

Formel "Nur ohne Mullah Omar" bestanden, die in vorherigen Gesprächen zwischen beiden Seiten die Haupthürde war. (Mullah Omar ist der geistliche Anführer der afghanischen Taliban, s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,650108,00.html> und http://en.wikipedia.org/wiki/Mohammed_Omar .)

Wie verlautet, sollen die Amerikaner den Taliban als Gegenleistung für das Akzeptieren der Anwesenheit ausländischer Truppen eine Art Macht-Sharing angeboten haben.

"Amerika will acht Army- und Air Force-Stützpunkte in verschiedenen Teilen Afghanistans behalten, um eine mögliche Neugruppierung des Al-Qaida-Netzwerks verhindern zu können," äußerte der höhere Offizielle (aus dem afghanischen Außenministerium).

Als mögliche Standorte der Basen nannte er Mazar-e-Sharif und Badakshan im Norden, Kandahar im Süden, die Hauptstadt Kabul, Herat im Westen, Dschalalabad im Nordosten und die mehr zur Mitte hin gelegenen Stützpunkte Ghazni und Faryab.

Als Gegenleistung boten die Vereinigten Staaten den Taliban die Herrschaft über die südlichen Provinzen Kandahar, Zabul, Helmand und Uruzgan und die nordöstlichen Provinzen Nuristan und Kunar an.

Diese Provinzen sind Zentren des Widerstands gegen die US-geführten ausländischen Streitkräfte und werden als Hochburgen der Taliban betrachtet.

Uruzgan und Helmand sind die Heimatprovinzen des Talibanführers Mullah Omar und des afghanische Präsidenten Hamid Karzai.

"Die Taliban haben diesem Vorschlag aber nicht zugestimmt," sagte der höhere Offizielle. "Sie fordern von Amerika einen Termin für einen vollständigen Truppenabzug, bevor sie weiter verhandeln."

Ahmedi, der Sprecher der Taliban im südlichen Afghanistan, bestätigte, dass das ihre prinzipielle Position sei. "Unser Standpunkt ist eindeutig, wenn die ausländischen Streitkräfte Afghanistan nicht verlassen, wird es keine erfolgversprechenden Gespräche geben."

Die Talibanherrschaft war durch die Vereinigten Staaten beendet worden, als sie kurz nach den Anschlägen am 11. September (2001) in Afghanistan einfielen.

Seither führen die Taliban einen langen Guerilla-Krieg gegen die US-geführten ausländischen Truppen und die Karzai-Regierung

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen versehen. Infos über IslamOnline.net sind aufzurufen unter <http://en.wikipedia.org/wiki/IslamOnline> . Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Trotz des heftigen Dementis der US-Botschaft in Kabul dürfte es das Angebot an die Taliban tatsächlich gegeben haben. Präsident Obama brütet zwar immer noch über einer "neuen Strategie" für Afghanistan, aber seine Überlegungen scheinen sich in die gleiche

Richtung zu bewegen. Unter der Überschrift "Die Vereinigten Staaten wollen nach Angaben Offizieller in Afghanistan vor allem Bevölkerungszentren schützen" berichtete am 27.10.09 die NEW YORK TIMES: "Nach den strategischen Überlegungen, die Offizielle gestern skizzierten, tendiert die (US-)Regierung jetzt dazu, vor allem Kabul, Kandahar, Mazar-e-Sharif, Kunduz, Herat, Dschalalabad und einige wenige andere Siedlungsschwerpunkte zu schützen. ... Militärplaner fordern aber trotzdem mehr Truppen, weil sie auch wichtige Anbaugelände wie das heiß umkämpfte Tal des Helmand-Flusses und für die Wirtschaft wichtige regionale Straßenverbindungen sichern wollen" (s. <http://www.nytimes.com/2009/10/28/world/asia/28policy.html>)

Die US-Regierung will den Taliban also offensichtlich das flache Land überlassen, hat ihnen für die Duldung befestigter US-Basen allerdings etwas angeboten, was sie eh schon haben. Nicht nur die angebotenen Provinzen werden längst von den Taliban beherrscht, auch weitere, bisher unter US- und NATO-Kontrolle stehende Provinzen sind schon verloren gegangen oder drohen in absehbarer Zeit verloren zu gehen. (Weitere Infos dazu s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP22909_201009.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP24209_041109.pdf)

Das US-Angebot ist ein Beleg dafür, dass es in Afghanistan keinesfalls um Demokratie, Schulbildung für Mädchen, Frauenrechte oder den Schutz der Bevölkerung, sondern ausschließlich um Energieressourcen und die Sicherung einer in heraufziehenden Konflikten äußerst wichtigen strategischen Position in Asien geht.

Die Ablehnung der Taliban und ihr Beharren auf einem vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen zeigt die wahren Machtverhältnisse in Afghanistan. Die Besatzungstruppen der USA, der NATO und sonstiger Koalitionäre werden sich dort genau so wenig halten können wie andere Besatzer vor ihnen.

Wenn weitere sinnlose Opfer unter Besetzten und Besatzern vermieden werden sollen, gibt es in diesem völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg gegen Afghanistan nur eine Lösung: Nach einem mit den Taliban vereinbarten sofortigen Waffenstillstand muss umgehend der vollständige Abzug aller ausländischen Truppen beginnen. Anschließend ist der Wiederaufbau des malträtierten Landes von den westlichen Invasoren ohne irgendwelche Vorbehalte oder Auflagen mit großzügigen zivilen Hilfsmaßnahmen zu unterstützen.



Mon. Nov. 2, 2009

US Offers Taliban 6 Provinces for 8 Bases

By Aamir Latif, IOL Correspondent

ISLAMABAD – The emboldened Taliban movement in Afghanistan turned down an American offer of power-sharing in exchange for accepting the presence of foreign troops, Afghan government sources confirmed.

"US negotiators had offered the Taliban leadership through Mullah Wakil Ahmed Mutawakil (former Taliban foreign minister) that if they accept the presence of NATO troops in Afghanistan, they would be given the governorship of six provinces in the south and northeast," a senior Afghan Foreign Ministry official told IslamOnline.net requesting anonymity

for not being authorized to talk about the sensitive issue with the media.

He said the talks, brokered by Saudi Arabia and Turkey, continued for weeks at different locations including the Afghan capital Kabul.

Saudi Arabia, along with Pakistan and the United Arab Emirates, were the only states to recognize the Taliban regime which ruled Afghanistan from 1996 to 2001.

Turkish Prime Minister Recep Erdogan has reportedly been active in brokering talks between the two sides.

His emissaries are in contact with Hizb-e-Islami (of former prime minister Gulbadin Hikmatyar) too because he is an important factor in northeastern Afghanistan."

A Taliban spokesman admitted indirect talks with the US.

"Yes, there were some indirect talks, but they did not work," Yousaf Ahmedi, the Taliban spokesman in southern Afghanistan, told IOL from an unknown location via satellite phone.

"There are some people who are conveying each others' (Taliban and US) messages. But there were no direct talks between us and America," he explained.

Afghan and Taliban sources said Mutawakkil and Mullah Mohammad Zaeef, a former envoy to Pakistan who had taken part in previous talks, represented the Taliban side in the recent talks.

The US Embassy in Kabul denied any such talks. "No, we are not holding any talks with Taliban," embassy spokeswoman Cathaline Haydan told IOL from Kabul.

Asked whether the US has offered any power-sharing formula to Taliban, she said she was not aware of any such offer. "I don't know about any specific talks and the case you are reporting is not true."

Provinces for Bases

Source say that for the first time the American negotiators did not insist on the "minus-Mullah Omer" formula, which had been the main hurdle in previous talks between the two sides.

The Americans reportedly offered Taliban a form of power-sharing in return for accepting the presence of foreign troops.

"America wants 8 army and air force bases in different parts of Afghanistan in order to tackle the possible regrouping of Al-Qaeda network," the senior official said.

He named the possible hosts of the bases as Mazar-e-Sharif and Badakshan in north, Kandahar in south, Kabul, Herat in west, Jalalabad in northeast and Ghazni and Faryab in central Afghanistan.

In exchange, the US offered Taliban the governorship of the southern provinces of Kandahar, Zabul, Hilmand and Orazgan as well as the northeastern provinces of Nooristan and Kunar.

These provinces are the epicenter of resistance against the US-led foreign forces and are considered the strongholds of Taliban.

Orazgan and Hilmand are the home provinces of Taliban Supreme Commander Mullah Omer and Afghan President Hamid Karzai.

"But Taliban did not agree on that," said the senior official. "Their demand was that America must give a deadline for its pull out if it wants negotiations to go on."

Ahmedi, the Taliban spokesman in southern Afghanistan, confirmed their principal position. "Our point of view is very clear that until and unless foreign forces do not leave Afghanistan, no talks will turn out to be successful."

The ruling Taliban were ousted by the United States, which invaded Afghanistan shortly after the 9/11 attacks in 2001.

Since then, the Taliban have engaged in protracted guerrilla warfare against the US-led foreign troops and the Karzai government.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern